

Lokal und digital

Staubtrockene Vorlagen, triste Sitzungssäle, Seniorenrunden?
Damit dürfte es auf kommunaler Ebene bald vorbei sein.
Mit dem Einzug junger, netzaffiner Lokalpolitiker verändert sich auch die
POLITISCHE KOMMUNIKATION IN DEN KOMMUNEN – zum Besseren.

VON FRANZ-REINHARD HABBEL

Der 25. Mai wird kein Sonntag wie jeder andere. Es wird ein Super-Sunday: Neben der Europawahl finden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt*. Bayern hat bereits im März gewählt. Elf Kommunalwahlen in einem Jahr – das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Mehr als 100.000 Kommunalpolitiker werden neu oder wiedergewählt. Damit ist auch ein Generationswechsel verbunden. Jüngere Menschen werden in die Rathäuser einziehen. Und sie werden die Politik verändern.

Der Wandel der Kommunikation – insbesondere die Digitalisierung – wird auch das Verhältnis zwischen Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik grundlegend verändern. Die Verwaltung wird schrumpfen, die Kommunalpolitik dagegen wird sich behaupten. Im Ergebnis bedeutet das: weniger Bürokratie, besserer Service und größere Spielräume. Kommunalpolitik bedeutet in erster Linie Gestaltung. Es geht darum, gemeinsam mit den Bürgern die Zukunft einer Kommune zu entwerfen.

Die Aufgaben auf kommunaler Ebene haben in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur rasant zugenommen. Sie sind auch immer komplexer geworden. Dies hat dazu geführt, dass die Kommunalpolitik heute weitgehend von der Verwaltung dominiert wird. Ein Beispiel: Die Anzahl der Vorlagen, mit denen sich kommunale Gremien befassen, hat stetig zugenommen. Die Ratsvertreter sind in aller Regel auf den Büroapparat der Verwaltung an-

gewiesen. Oftmals sind die Unterlagen alternativlos. Das wird sich ändern.

Dank des Internets haben Kommunalpolitiker heute einen besseren Zugang zu Wissen. Sie nutzen das Netz und verfügen über moderne Kommunikationstools, die sie auch für ihre politische Arbeit einsetzen. Und das ändert vieles: Neue Kommunikationskanäle geben Kommunalpolitikern völlig neue Möglichkeiten, selbständig aktiv zu werden. Sie können eigenständig Themen analysieren, Umfragen in Auftrag geben, Blogs einrichten, mit Bürgern direkt kommunizieren und Treffen organisieren. Auch um Wissenspotenziale oder das soziale Kapital einer Stadt zu identifizieren, Bürger zu ermuntern und zur Mitarbeit zu aktivieren, braucht es keinen Büroapparat mehr. Mithilfe sogenannter „Crowds“ können Kommunalpolitiker das Wissen der Bürgerschaft zusammentragen und die Menschen zu gesellschaftlichem Engagement anregen.

Debatten könnten bald live übertragen werden

In Start-Up-Unternehmen in der Wirtschaft genügt oftmals ein Arbeitsplatz mit High-Speed-Netz, I-Phone und Laptop, um neue Dienstleistungen zu entwickeln und erfolgreich in den Markt zu bringen. Warum sollte das in der Kommunalpolitik anders sein?

Die Generation Y verfolgt einen ganz neuen Lebensstil: Sie nutzt statt zu besitzen, sie organisiert sich selbst auf Plattformen, sie empfindet es als normal, in die Sitzungsräume der Rathäuser eigene Kommunikationsgeräte mitzubringen. Die Regel „bring your own device“ gilt heute auch für die politische Kommunikation. Immer mehr Städte und Gemeinden haben das verstanden. Sie machen sich daran, ihre Räumlichkeiten mit WLAN auszu-

* Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

statten. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund denkt darüber nach, eine Streaming-Plattform für Live-Übertragungen von Gremiensitzungen aufzubauen. Kommunen sollen diese frei nutzen können.

In dem Maß, wie sich Kommunikationsräume mehr und mehr ausweiten, wird auch Kommunalpolitik spannender. Das ist erfreulich. Unterdessen wächst die Bedeutung der Kommunen. Städte werden zu Netzwerken und verstehen sich als offene, kommunikative Räume. Voraussetzung hierfür ist ein kommunikatives Ambiente. Ein freies WLAN kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Grundsätzlich gilt: Kommunikation ist die Basis für gesellschaftlichen Wandel. Veränderung im Dialog, Kreativität, Vertrauen, Respekt und Wertschätzung sind angesagt.

Die neuen, selbstbewussten Kommunalpolitiker werden auch die politischen Parteien herausfordern. Wenn sich die Parteien nicht öffnen, stärker in den Dialog mit Bürgern eintreten und Themen aufgreifen, die nicht nur Funktionäre, sondern viele Menschen interessieren, werden sie massiv an Bedeutung verlieren. Schon jetzt sind mit rund 4.800 Oberbürgermeistern und Bürgermeisterinnen mehr als die Hälfte der Führungskräfte in den Kommunen parteilos. Und es könnten noch viel mehr werden.

Lokalpolitiker müssen Big Data verstehen

Auch die parteinahen Stiftungen müssen sich auf die neuen Kommunikationskanäle einstellen. Reine Wissensvermittlung reicht längst nicht mehr aus. Wie lese ich einen Haushalt? Wie arbeiten die Gremien zusammen? All dies müssen Kommunalpolitiker zwar auch heute verstehen – doch viele Fragen sind hinzugekommen. Es geht um kommunikative Kompetenz, darum, frühzeitig Trends zu identifizieren und Daten (auch Big Data) zu analysieren. Nur wer dies beherrscht, kann eine vorausschauende und präventive Politik machen. Bedauerlicherweise gibt es allerdings erst wenige Ansätze seitens der politischen Stiftungen, die dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Die in diesem Jahr neu gewählten Kommunalpolitiker müssen in ihrer Arbeit unterstützt, gestärkt und weiter befähigt werden. Zwei wichtige Bausteine sind dabei Kommunikations- und Medienkompetenz. Gerade junge Menschen, die sich für Politik interessieren und erstmals ein Mandat erhalten, dürfen nicht enttäuscht werden. Sonst besteht die Gefahr, dass sie sich schnell wieder von der Kommunalpolitik abwenden.

Die Digitalisierung verändert die politische Kommunikation. Reaktionszeiten werden kürzer, Mobilisierung und Kampagnen einfacher und Dialoge umfangreicher. Um die daraus resultierenden Möglichkeiten zu nutzen, müssen die Kommunen ihre Informations- und Kommunikationssysteme an die digitale Welt anpassen. Konkret bedeutet das: Social Media müssen regulärer

Es braucht ein Format, über das Bürger Ideen und Kritik einbringen können.

Bestandteil kommunaler, dialogorientierter Kommunikation werden. Ratsinformationssysteme sollten sich zu städtischen Wissens- und Kommunikationsplattformen entwickeln, die alle Bereiche einer Stadt umfassen.

Kommunen wandeln sich zu Netzwerken

Dabei geht es nicht um Zentralisierung, sondern darum, eine Infrastruktur bereitzustellen, die Transparenz über Leben und Arbeiten in der Stadt herstellt und lokales Wissen greifbar macht. Es geht um Anregungen für Interaktionen im realen Leben, um mehr Ganzheitlichkeit. Die Bürger brauchen ein Format, über das sie ihre Ideen, Bewertungen und Kritik in den politischen Prozess einbringen können. Zu einer offenen Kommune gehören dialogorientierte Beteiligungsportale für Stadtplanung, Quartiersmanagement, Kindertagesstätten, Nachbarschaftshilfen ebenso wie Kooperationsportale für das Vereinsleben, für Bildung, Freizeit und Sport.

Durch den Wandel der Kommunikation wird die Stadt zum Netzwerk. Kommunalverwaltung und -politik sind nicht mehr die Bestimmer, die sagen, wo es langgeht. Sie sind ein wichtiger Knoten im Netzwerk Stadt. Sie stellen die Basisinfrastruktur und gewährleisten eine offene Kommunikation der Bürgergesellschaft.

Die Stadt als Netzwerk steht gleichwohl nicht allein da. Als Ort der kommunikativen Wertschöpfung ist sie eingebunden in übergeordnete Netzwerke. Dazu gehören Land, Bund und Europa. Damit Multi-Level-Governance gelingen kann, ist eine stärkere Durchlässigkeit der Ebenen nötig. Dies betrifft insbesondere die Beziehung zwischen Bund und Kommunen.

Die letzte Föderalismusreform hat hier neue Mauern hochgezogen. Das ist bedauerlich. Kommunikation und Austausch sind aber nicht verboten, im Gegenteil: Der kommunikative Dialog muss gefördert werden. Immer mehr Bundestagsabgeordnete interessieren sich für Kommunalpolitik. Noch nie waren die kommunalen Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktionen so mitgliederstark wie in der aktuellen Wahlperiode. Das ist ein gutes Zeichen. Demokratie braucht alle. Und ohne Kommunikation keine Demokratie.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwägt, eine Streaming-Plattform für Kommunen einzurichten.



Franz-Reinhard Habel

ist Sprecher und Direktor für politische Grundsatzfragen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Berlin und zugleich Leiter des DStGB-Innovators Club, eines Think-Tanks für Kommunen in Deutschland.